

Hallo Wenke, hallo Thorsten,

als ich fast zufällig am Nachmittag meine Mails checkte, fand ich ganz oben die Nachricht meines Landesverbandes M/V DER LINKEN:

in Ergänzung zur Rede von Amira Mohamed Ali

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. M-V <lgst@die-linke-mv.de>

15:45 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen, in Ergänzung zur Rede von Amira Mohamed Ali übersenden wir Euch noch den Entschließungsantrag DIE LINKE zur Abgabe einer Regierungserklärung.

<https://nam12.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fserver.bundestag.de%2Fbtd%2F20%2F008%2F2000845.pdf&data=04%7C01%7C%7C4c0442472fde4a671c5108d9fac905e8%7C84df9e7fe9f640afb435aaaaaaa%7C1%7C0%7C637816563564324778%7CUnknown%7CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoiMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBTiI6IjEhaWwiLCJXVCI6Mn0%3D%7C3000&data=Du213EON%2B0mspsjNTpFR%2BjPwL%2FSfe2A9dLP1OFaOdcQ%3D&reserved=0>

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Niemann

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Martinstraße 1/1A

19053 Schwerin

Tel.: 0385 - 76 03 80

Fax: 0385 - 76 03 819

<https://nam12.safelinks.protection.outlook.com/?url=http%3A%2F%2Fwww.die-linke-mv.de%2F&data=04%7C01%7C%7C4c0442472fde4a671c5108d9fac905e8%7C84df9e7fe9f640afb435aaaaaaa%7C1%7C0%7C637816563564324778%7CUnknown%7CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoiMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBTiI6IjEhaWwiLCJXVCI6Mn0%3D%7C3000&data=DdLB6losmQ%2BhRmAqo8H%2FuLucsJ%2FtYYCISbiJo0C%2Bi%2Fk%3D&reserved=0>

Ich habe natürlich sofort alle Links geöffnet und mit dem Lesen begonnen. Zuerst vermutete ich eine Stellungnahme der Regierung zur Ukraine und hatte so eine Formulierung nicht für ungewöhnlich empfunden. Doch dann fiel es mir wie Schuppen von den Augen: Es war die unserer eigenen Fraktion, und zwar die DER LINKEN im Bundestag.

Im Anhang habe ich sie noch einmal als PDF-Datei angehängen.

Hier nochmals der Text:

Deutscher Bundestag Drucksache 20/845

20. Wahlperiode 27.02.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE.

zur der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage

Der Bundestag wolle beschließen:

In den Morgenstunden des 24. Februar 2022 hat Präsident Putin einen umfassenden militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine gestartet. Dieser Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Dabei handelt sich um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Der 24. Februar 2022 ist seit dem Zweiten Weltkrieg einer der dunkelsten Tage in Europa. Der Deutsche Bundestag bekundet seine Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine und ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie all jenen Menschen, die auch in der Russischen Föderation wie in Belarus gegen Autokratie und für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten.

- Mit diesem Angriffskrieg auf die Ukraine bricht die russische Regierung vor den Augen der Welt mit den elementarsten Regeln der internationalen Ordnung. Eine Europäische Friedensordnung ist die Grundlage für unser Leben in Freiheit, Wohlstand und Frieden. Bereits zuvor hatte Russland mit der völkerrechtswidrigen Anerkennung von Abchasien und Südossetien und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim dieser Ordnung schweren Schaden zugefügt.
- Bei dem unentschuldabaren Angriff auf die Ukraine handelt es sich um nichts weniger als eine historische Zäsur. Die internationale Gemeinschaft wird entschlossen zusammenstehen. Die russische Führung wird einen hohen Preis dafür zahlen müssen.
- Die Welt steht vor der Frage, ob das Recht des Stärkeren über das internationale Völkerrecht und die internationale Ordnung obsiegt. Präsident Putin setzt mit dem Krieg in der Ukraine seine Vorstellung von der Einteilung der Welt in Einflussphären um und er agiert als brutaler Aggressor und Eroberer. Damit trifft der Angriff auf die Ukraine auch uns in Deutschland. Und es steht zu befürchten, dass er denen in der Welt als Beispiel dient, die ebenfalls Macht vor Recht stellen.
- Der Deutsche Bundestag verurteilt das Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste und erklärt seine volle Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und
- Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern.
- Der Mut und das zivilgesellschaftliche Engagement unserer ukrainischen Nachbarinnen und Nachbarn sind Vorbild für ganz Europa. Ein Europa, in dem - die Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt - Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt. Diesen Geist und diesen Fortschritt werden Präsident Putin und sein Regime niemals besiegen.
- Die russische Führung ist in unverantwortlicher Weise nicht auf Gesprächsangebote eingegangen und hat den Weg der militärischen Aggression gewählt.
- Gleichzeitig erklärt der Deutsche Bundestag, dass er die Interessen unserer Partner in Mittel- und Osteuropa ernstnimmt. Unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen muss Deutschland Rechnung tragen und den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legen, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine.
- Der Deutsche Bundestag fordert Präsident Putin und die russische Regierung auf, den Angriffskrieg auf die Ukraine unverzüglich einzustellen und ihre Truppen sofort vom Gebiet der Ukraine abziehen. Eine sofortige Waffenruhe ist das Gebot der Stunde. Dringend benötigte humanitäre Hilfe muss in das Land gelassen werden. Die völkerrechtswidrige Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk muss umgehend widerrufen werden. Die vollständige territoriale Integrität der Ukraine einschließlich der Halbinsel Krim muss wiederhergestellt werden.
- Gezielt lancierte Desinformationen und Angriffe auf digitale Infrastrukturen, auch und gerade solche aus dem Bereich der kritischen Infrastrukturen sind integraler Teil der russischen Kriegsführung. Der Bundestag verurteilt solche auch und gerade auf zivile Infrastrukturen abzielende Praktiken auf das Schärfste.
- Deutschland ist in den vergangenen Jahren sehr engagiert im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Ukraine gewesen und hat die Ukraine mit ca. zwei Milliarden Euro unterstützt. Der Deutsche Bundestag erklärt ausdrücklich, dass er auch in Zukunft mit einer freien und souveränen Ukraine intensiv zusammenarbeiten wird und intensive Unterstützung und Hilfe leisten wird.
- Durch sein Vorgehen stellt Präsident Putin Russland außerhalb der Völkergemeinschaft. Die russische Führung allein hat es in der Hand, diesen Irrweg der militärischen Gewalt wieder zu verlassen. Europa und

die internationale Gemeinschaft wissen grundsätzlich um den Wert stabiler Beziehungen zu Russland. Eine substanzielle internationale Zusammenarbeit ist aber erst wieder denkbar, wenn die russische Führung das Völkerrecht achtet und die territoriale Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen seiner Nachbarstaaten vollumfänglich respektiert und wiederherstellt. Unser Respekt und unsere Anerkennung gelten allen Russinnen und Russen, die sich gegen den Aggressionskurs ihres Präsidenten stellen und damit der Welt zeigen, dass es auch ein anderes Russland gibt, das Teil der Völkergemeinschaft sein möchte und in Frieden mit seinen Nachbarn leben will.

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland steht fest und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde. Wir teilen die Werte der Demokratie, Freiheit und des Friedens. Diese Werte und die Menschen die dafür einstehen, werden wir niemals aufgeben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- 1.** zusammen mit unseren Partnern der internationalen Staatengemeinschaft mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln auf die russische Regierung einzuwirken, dass sie die internationalen Abkommen, Regelwerke und völkerrechtlich verbindlichen Verträge, die sie selbst unterschrieben hat und sich damit verpflichtet hat sie zu erfüllen, wieder beachtet und befolgt, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris, die NATO-Russland- Grundakte und das Budapester Memorandum;
- 2.** sich gemeinsam mit den transatlantischen und europäischen Partnern mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln für eine sofortige Waffenruhe und den unverzüglichen und vollständigen Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Territorium einzusetzen;
- 3.** der Ukraine alle infrage kommenden politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und humanitären Unterstützungsmaßnahmen zukommen zu lassen; das schließt Wirtschaftssanktionen die die Oligarchen und Kriegsprofiteure direkt treffen ein;
- 4.** die Aufnahme Flüchtender und Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland zu ermöglichen und unsere europäischen Nachbarn bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtenden und Schutzsuchenden zu unterstützen;
- 5.** Berichten über Kriegsverbrechen durch Russland im Zusammenhang mit der Invasion in die Ukraine nachzugehen und dafür einzutreten, diese international zu ahnden;
- 6.** von Waffenlieferungen und der Entsendung weiterer Truppen der Bundeswehr abzusehen, da sie ein weiterer Schritt in einer Aufrüstungsspirale Europas sind.

Berlin, den 27. Februar 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Da Ihr beide auch zwei Aufrufe mit Eurem Namen ins Netz gestellt habt, die in diesem Geiste geschrieben sind und ich Euch persönlich kenne, Ihr ebenfalls bisher in meinem Verteiler ward, möchte ich Euch einige Fragen stellen:

Wo war DIE LINKE als Putin die USA und die NATO aufforderte, nicht zuzulassen,

- dass die NATO über die Ukraine und Grusinien direkt bis an die Grenze Russland zu ziehen,
- dass die NATO keine Raketen in der Nähe der Grenzen zu Russland aufstellt und schon fertiggestellte Stellungen in Polen und Rumänien wieder abbaut,
- die militärische Infrastruktur der NATO auf die Zeit vor 1997 zurückgebaut wird?

Kleine Denkhilfe: nachzulesen bei WIKIPEDIA

NATO-Russland-Grundakte

Die NATO-Russland-Grundakte (offiziell Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation) ist eine am 27. Mai 1997 in Paris unterze...

Hier nochmals die von Euch unterschriebenen Erklärungen

Militärische Angriffe Russlands müssen sofort beendet werden

24. Februar 2022

Wir fordern die sofortige Beendigung aller Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Truppen.



Zu der weiteren Eskalation im Russland-Ukraine-Konflikt erklären die Vorsitzende der Linksfraktion, Jeannine Rösler sowie die beiden Landesvorsitzenden, Wenke Brüdgam und Torsten Koplín: „Wir verurteilen die Aggression der Russischen Föderation in der Ukraine auf das Schärfste! Krieg darf kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein! Niemals und von Niemanden! Wenn Putin seinen Angriff auf die Ukraine mit dem Verhalten der NATO in Restjugoslawien 1998 rechtfertigen will, sagen wir: Unrecht mit Unrecht zu vergelten, lehnen wir kategorisch ab. Diese archaische Denkweise passt nicht in eine zivi- lisierte Welt! Es gibt nur einen Weg: Zurück an den Verhandlungstisch, sonst verlieren wir alle!“ [WEITERLESEN](#)

Konfliktentschärfung und De- eskalation sind das Gebot der Stunde

22. Februar 2022



Zur aktuellen Entwicklung in der Ost-Ukraine erklären die Landesvorsitzenden der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplitz: „Die Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken in der Ost-Ukraine durch Putin ist ein Bruch des Völkerrechts, die Entsendung von Truppen eine Verletzung der UN-Charta. Die Souveränität anderer Länder in Frage zu stellen und der Einsatz von militärischer Gewalt ist nicht akzeptabel. Rückkehr zum Minsker Abkommen und endlich dessen Umsetzung ernsthaft vorantreiben sowie der sofortige Rückzug der Truppen und ein umfassender Waffenstillstand sind das Gebot der Stunde!“ [WEITERLESEN](#)

Als die USA und die NATO es ablehnte - mit dem Hintergedanken, damit mit ihrer vollen militärischen Macht fast vor den Toren Moskaus zu stehen und bei Anforderung der UKRAINE-dann als NATO-MITGLIED- ihr zur Seite zu springen, wenn sie die Volksrepubliken Donezk und Lugansk aber auch die Krim angreift, wäre Putin kaum noch in der Lage gewesen einem größeren Krieg (wahrscheinlich Weltkrieg) aus dem Wege zu gehen.

Würdet Ihr dafür die Verantwortung übernehmen?

Auch jetzt bei den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine ist die Gefahr noch nicht gebannt. Einflussreiche Kräfte sind bestrebt, sofort die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was zum gleichen Ergebnis führen würde.

Ungeachtet davon diskutieren westliche Militärs darüber, wie sie

1. polnische Truppen in Galizien einmarschieren und damit als humanitäre Retter auftreten lassen können,
2. Orban, was er schon früher angekündigt hat, mit seinen Truppen ebenfalls zum Schutz der ungarischen Bevölkerung vor nationalistischer Willkür ultranationalistischer Kräfte der Westukraine, einmarschieren lassen,
3. Rumänien dazu verleiten, über Moldawien Transnistrien zu „befreien“ und damit den „rumänischen Brüdern und Schwestern“ Schützenhilfe zu leisten.

Nicht umsonst warnt Putin mit dem großen Knüppel, sich nicht einzumischen.

Und dann verurteilt Ihr auch noch die Anerkennung durch Russland von Südossetien, Abchasien und der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Kennt Ihr deren Geschichte nicht? Erinnert ihr Euch nicht an den Einmarsch der grusinischen Truppen 2008 auf Befehl von Saakaschwili in diese Gebiete. Heute steckt er in Grusien im Gefängnis, nachdem die Ukraine und selbst die USA ihn nicht mehr haben wollten. So geschichtsvergessen könnt Ihr doch nicht sein. Wie die Volksrepubliken im Donbass nach dem Putsch auf dem Maidan entstanden, wisst Ihr sicher noch, wo auch der ehemalige deutsche Außenminister keine gute Rolle spielte. Er hatte u.a. mit dem damaligen Präsidenten Janukowitsch in Gegenwart des jetzigen Bürgermeisters von Kiew, Vitali Klitschko, eine Neuwahl ausgehandelt. Am nächsten Tag erfolgte der Putsch. Die Russen konnten gerade noch mit einer Spezialeinheit den Präsidenten ausfliegen, bevor er gelyncht worden wäre. Und Steinmeier bestand nicht mehr auf den ausgehandelten Vertrag. Auch sein Favorit Klitschko kam nicht zum Zug sondern der der USA- Arsenij Jazenjuk. Erinnern wir uns an die Aussprüche der Frau Victoria Nuland: „Fuck EU“ und „it's our Jaz“. Damals war der jetzige Präsident der USA Vizepräsident. Und Frau Nuland rührt auch jetzt wieder den Kuchen an.

Und eine Frage muss ich noch an Euch stellen: Was habt Ihr unternommen, um den völkerrechtlich verbindlichen Vertrag Minsk 2 von 2015 durchzusetzen. Deutschland war ja zusammen mit Frankreich Garantiemächte. Sie haben doch alles unternommen, damit Kiew die darin enthaltenen Verpflichtungen erfüllt. Oder?

Und wenn Ihr die Geschichte nicht mehr in Erinnerung habt, seht doch die Rede von Gysi 2014 im Bundestag an, die Marianne uns und sicher auch Euch zugemailt hat. Solltet Ihr sie nicht bekommen haben, kann ich sie gerne an Euch weiterleiten.

Heute informierte mich einer meiner Adressaten, dessen Frau Ukrainerin ist, die mit ihren Verwandten in Kiew gesprochen hat. Klitschko sperrt alle zu Hause ein. Wenn einer sich auf der Straße erwischen lässt, um vielleicht für seine Familie Lebensmittel oder Medikamente zu besorgen, kann es sein, dass er als „russischer Agent“ sofort erschossen wird. Das gilt auch für von den Russen frei geräumte humanitäre Korridore für Soldaten und Zivilisten. Wenn ich das höre, denke ich an die Nazis, die keinen Einwohner mehr raus ließen, wenn sie Städte zur Festung erklärt haben. Und wenn es Tode, durch Gemetzel ausgelöst von „heldenhaften“ Verteidigern von Kiew und anderen Städten, gibt oder Verhungerte, kann man das den „bestialischen Russen“ zuschieben. Wollt Ihr das nicht sehen? Faschisten nehmen doch nie Rücksicht auf die eigene Bevölkerung. Und wenn es um ihren Hintern geht, werden sie sich schon rechtzeitig aus dem Staub machen. Im Westen werden sie dann als „Helden“ gefeiert. Und genügend Geld werden sie sicher vorher gebunkert haben. Vielleicht redet Ihr Euch mit dieser Redewendung heraus: „Shit happens“

Shit happens ist eine englischsprachige Redewendung, die in ihrer originalen Form in den deutschen Sprachgebrauch übernommen wurde. Im Deutschen könnte sie mit „Scheiße passiert“, im Sinne von „dumm gelaufen“, „so ein Mist!“ übersetzt werden. Im Französischen würde in ähnlichen Situationen C'est la vie gesagt. Die Redewen... [aus](#)

[WIKIPEDIA](#)

Hättet Ihr doch mal lieber als Opposition den Beschluss, die Ausgaben für das Militär auf nun regelmäßig 2% des BIP anzuheben, aufs Korn genommen. Gysi hat mal was von über 80 Milliarden Euro gesagt, die dann zu zahlen wären. Inzwischen ist schon einige Zeit vergangen. Sicher werden die Zahlen höher liegen. Außerdem hat man gleich noch zusätzliche Rüstungsausgaben von 100 Milliarden Euro beschlossen. Ich begreife es nicht. Endlich zieht man mit der Begründung- gegen den „bösen“ Russen an einem Sonntag etwas durch, was so nie möglich gewesen wäre.

Und vor der Veranstaltung wird der ukrainische Botschafter, Herr Dr. Andrij Melnyk, durch Aufstehen der Bundestagsabgeordnete begrüßt- ein Mann, der ein Verehrer Banderas ist. Das müssen doch unsere Genossen

Abgeordneten wissen. Mir ist auf jeden Fall nicht bekannt, dass die Unsrigen sich dieser Zeremonie entzogen hätten. Habt Ihr denn nicht gewusst, dass schon Anfang Dezember dieser „saubere Herr“ schon schärfste Bestrafungen für Russland gefordert hat, die noch in ihrem Umfang jetzige Sanktionen übertroffen hätten. Und da standen die Verhandlungen der westlichen Repräsentanten und Emissäre mit Russland noch aus. Das sagt mir doch als logisch denkender Mensch, dass die Ukraine gar nicht an Verhandlungen Interessiert war.

Nun will ich kein allgemeines Ukraine-Bashing betreiben.

Bashing

Das Substantiv Bashing (das) bezeichnet eine heftige, herabsetzende Kritik an einer Person oder einer Sache.

Ein Bashing ist i.d.R. ein öffentlicher und verbaler Angriff, der vordergründig auf Emotionen basiert und nicht auf konstruktiver Kritik. Das Ziel ist dabei, jemanden oder etwas schlechtzureden bzw. herunterzumachen. Insgesamt kann Bashing somit als eine öffentliche Herabsetzung verstanden werden. Oft betrifft diese Herabsetzung nicht nur Einzelpersonen, sondern gleich ganze Gruppen, da beim Bashing gerne stark verallgemeinert wird.

Bashing wird im Englischen in gleicher Bedeutung verwendet und geht auf das Verb „to bash“ zurück, was „heftig schlagen“ bzw. „hauen“ bedeutet.

Gestern habe ich mit Olga Fot gesprochen. Sie hat mit ihrer „russischen Gemeinde“ in Stralsund, zu der viele Nationen der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachkommen gehören, die Organisation der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge übernommen. Zuerst wirkte ich etwas verduzt, als ich das vernahm. Doch inzwischen ist mir auch klar, was sie damit bezweckt. Sie will verhindern, dass in Deutschland eine Spaltung dieser Personengruppe erfolgt und man sich dann gegenseitig an die Gurgel geht. Das ist gelebte Solidarität mit den Personen, die für den Krieg in der Regel nichts können. Hochachtung! Sie sagte mir aber auch, dass junge Männer ukrainischer Abstammung aus Stralsund in die Ukraine gefahren sind, um ihre Heimat zu verteidigen...

Trotzdem will sie den Vorschlag von Alexander Tarassov, dem Vorsitzenden der Kaliningrader Friedensstiftung, in die Bürgerschaft einbringen, der in Stralsund als Dank der Kaliningrader für die Unterstützung der Deutschen Hansekoggen an 2 Orten auf Spielplätzen aufstellen möchte. Deutsche hatten in den neunziger Jahren Geld, Material und ihre eigene Teilnahme eingebracht, um einiges wieder gut zu machen. Das war mir bis dahin gar nicht bekannt. Ob das Olga umsetzen kann, weiß ich nicht zu bewerten. Ihr Ziel ist es die Beziehungen zur russischen Bevölkerung nicht abbrechen zu lassen. Was für eine großherzige Frau! Sie ist Mitglied des Landesvorstandes unserer Partei. Außerdem kennt Ihr sie ja beide sehr gut.

Es ist wieder einmal spät geworden. Ich erwarte sicher keine Antwort von Euch und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Dienel - Organisator der STRALSUNDER RUSSLANDTAGE